

Weiterentwicklung der Systemnutzungs- /entgelte/-regelungen im Bereich der öffentlichen Elektrizitätsnetze

Weiterentwicklung der Systemnutzungs-/entgelte/-regelungen im Bereich der öffentlichen Elektrizitätsnetze

Die Energiewende in Europa und Österreich ist spürbar eingeleitet. Im Rahmen der Klimapolitik und mit dem Ziel der Schonung fossiler Ressourcen plant die Politik, den Ausbau Erneuerbarer Energien in den nächsten Jahrzehnten weiter zu forcieren. Die aktuellen energiepolitischen Initiativen, z.B. die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der Erneuerbaren Energien, stellen Netzbetreiber vor neue Herausforderungen.

Daraus ergibt sich u.a. die Frage, inwieweit die heute in Österreich angewandte Netzentgeltstruktur für Verteilernetzbetreiber zur adäquaten Bewältigung dieser Herausforderungen geeignet ist und welche Adaptionen im Sinne nachhaltiger Entgeltstrukturen notwendig sind.

Nach Auffassung von Oesterreichs Energie muss das Thema umfassend und gesamtheitlich betrachtet werden. Der Umbruch des Energiesystems wird eine Diskussion zur Neugestaltung der Netzentgeltstruktur benötigen. Schon jetzt ist absehbar, dass eine Implementierung von Smart Metering, Umbau auf Smart Grids/Demand Response, der Ausbau des Übertragungsnetzes mit den damit einhergehenden Investitionen in das Verteilernetz, die politisch forcierte Umsetzung der Energiewende mit einem massiven Anstieg der Erneuerbaren – um nur einige Beispiele zu nennen – im Verteilernetz nicht ohne Auswirkungen auf die Netztarife sein wird.

Das derzeitige Konzept der Netzentgeltstruktur beruht auf einem mehr als 15 Jahre alten Konzept von Haubrich/Swoboda, welches als Grundlage für die Festlegungen in EIWOG und SNE-VO dient.

Diese mittlerweile absehbaren Herausforderungen konnten von Haubrich/Swoboda zu Beginn der Liberalisierung und unter den damaligen Rahmenbedingungen nicht berücksichtigt werden.

Weiters muss bedacht werden, dass eine Netzentgeltstrukturänderung nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Um sprunghafte Auswirkungen für die Netzkunden (und damit auch eine Gewinner-Verlierer-Problematik) zu vermeiden, bedarf es einer längerfristigen, schrittweisen Umsetzung, welche am besten ehest in Angriff genommen wird. Ergänzend muss darauf Augenmerk gelegt werden, dass die Entgeltstruktur verstärkt einen Anreiz auf ein netzdienliches Verhalten des Netznutzers setzt und dass nicht über die Entgeltstruktur systematisch eine versteckte Förderung von einzelnen Systembenutzer-Gruppen zu Lasten anderer Kundengruppen erfolgt.

Für die österreichischen Verteilernetze ist das Thema einer zukunftsorientierten, verursachungsgerechten, kostenorientierten und praktikablen „Entgeltstruktur“ für eine Gleichbehandlung aller Systembenutzer ein essentielles Thema, für das ehest ein Zielbild und ein Umstellungsfahrplan erstellt werden muss.

Die Adaptionenvorschläge von Oesterreichs Energie für eine Weiterentwicklung der Systemnutzungs-/entgelte/-regelungen im Bereich der öffentlichen Elektrizitätsnetze stehen unter dem Grundsatz:

- Bewährtes beibehalten
- Bestehendes vereinfachen
- Auf Veränderungen systematisch reagieren

Folgende Schritte sind für eine Weiterentwicklung der Tarifstruktur zu setzen:

1) Netznutzungsentgelt für leistungsgemessene Kunden

Leistungspreiskomponente (LP)

Derzeit ist der Leistungspreis in den österreichischen Verteilernetzen mit einem Erlösanteil von rund 20 bis 50 % (je nach Netzebene und Tarifbereich) gegenüber dem Arbeitspreis aus Sicht der Kostenverursachung tendenziell unterrepräsentiert.

Die in Anspruch genommene Leistung ist für einen großen Teil der Netzkosten die verursachungsgerechte Tarifierungsgröße, da die Netze auf die höchste Leistungsanforderung hin ausgelegt werden müssen. Kostenbestimmend ist dabei vor allem die zeitgleiche Höchstlast des Kollektivs aller Nutzer eines zusammenhängenden Netzbereiches (einschließlich der nachgelagerten Netzebenen).

Aus Sicht der Kostenverursachung ist daher eine Erhöhung des LP-Erlösanteils bzw. die Änderung der Verrechnungsmethodik (z.B. Verrechnung einer Mindestleistung) notwendig. Je höher die Spannungsebene, desto geringer sind auf Grund der geringen Anzahl der an diesen Netzebenen angeschlossenen Netzbenutzer die Durchmischungseffekte und desto stärker hängt die Netzauslegung von individuellen Höchstlasten der Netznutzer ab. Die Anhebung der Leistungskomponente ermöglicht somit einen Anreiz zur Vergleichmäßigung der Netzauslastung, welche in Folge Netzausbaukosten reduzieren (kostenschonend, sozial- und verursachungsgerecht) kann.

- Erhöhung des LP-Erlösanteils
- Staffelung des LP-Anteils nach Netzebenen (zu höheren Spannungen hin steigender LP-Anteil).

Arbeitspreiskomponente (AP)

Zur Zeit entfällt ein erheblicher Erlösanteil der Netznutzungsentgelte auf die bezogene Arbeit.

Eine Reduzierung dieses AP-Erlösanteils trägt zur Steigerung der Verursachungsgerechtigkeit und Kostenorientierung bei, da die bezogene Arbeit nur einen geringeren Teil der Kostentreiberwirkung bei Netzkosten ausmacht. Die Reduktion ist komplementär zur Erhöhung des auf den Leistungspreis entfallenden Erlösanteils zu sehen.

Ergänzend kann auch eine zeitliche Differenzierung Anreize für eine netzdienliche Steuerung der Verbrauchsprofile setzen.

- Erlösneutrale Reduktion des Arbeitspreis-Erlöseanteils.

2) Netznutzungsentgelt für nicht leistungsgemessene Kunden

Grundpreiskomponente

Die Kosten der Netzbetreiber werden durch Bereitstellung der Leistung bestimmt. Mehr als drei Viertel dieser Kosten sind Fixkosten.

Aufgrund noch fehlender Messwerte zur tatsächlichen Bezugsleistung stellt der Grundpreis bei nicht leistungsgemessenen Kunden die einzige Möglichkeit dar, in pauschalierter Form kapazitäts- bzw. leistungsbezogene sowie fixe Anteile der Netzkosten in einer Entgeltkomponente abzubilden.

Soweit bei der Verrechnung der Grundpreiskomponente eine Bezugnahme auf eine beanspruchte Leistung möglich ist (z.B. durch Sicherungsgrößen), ermöglicht dies auch einen Anreiz zur Vergleichmäßigung der Netzauslastung, welche in Folge Netzausbaukosten reduzieren kann (kostenschonend, sozial- und verursachungsgerecht). Die Anpassung kann wie bisher erlösneutral je Netzebene erfolgen: jede Grundpreisanhebung führt zu einer gegenläufigen Arbeitspreisanpassung.

Die Erhöhung des Grundpreises ist auch bezüglich des Beitrages von (Überschuss-) Einspeisern zur Netzbelastung ein Beitrag zur verursachungsgerechten Netzkostenverrechnung.

- Erhöhung der Grundpreise zur Abdeckung der Fixkosten.

Arbeitspreiskomponente

Die Deckung der Netzkosten wird derzeit maßgeblich von arbeitsbezogenen Netznutzungsentgelten bestimmt.

Der Ausbau der dezentralen Erzeugung, z.B. mit Überschusseinspeisung, bringt für die Anlagenbetreiber Ersparnisse, obwohl durch die dezentrale Erzeugung keine maßgebliche Verringerung der Netzbelastung und damit Vermeidung von Netzkosten erreicht wird.

Die Betreiber von dezentralen Erzeugungsanlagen ersparen sich sowohl Netzentgelte als auch Steuern, Abgaben und Beiträge für das Ökostromfördersystem, was nach unserer Auffassung sachlich nicht gerechtfertigt ist (Gleichbehandlung aller Systembenutzer). Die angestrebte Senkung des Arbeitspreises bei gleichzeitiger Erhöhung des Grundpreises führt zu einer verursachergerechteren Netzkostentragung und schafft Anreize für ein netzdienliches Verhalten. Ergänzend kann auch eine zeitliche Differenzierung Anreize für eine netzdienliche Steuerung der Verbrauchsprofile setzen.

- Erlösneutrale Reduktion des Arbeitspreises bei gleichzeitiger Erhöhung des LP-Anteils.

3) Sonstige Entgelte

Netzverlustentgelt

Die Kosten der Beschaffung von Energie zur Deckung von Netzverlusten werden in der heutigen Entgeltsystematik durch ein separates Entgelt (Netzverlustentgelt) berücksichtigt.

Ein separates Entgelt ist aber nur dann angemessen, wenn durch dessen spezielle Ausgestaltung die Verursachungsgerechtigkeit verbessert und damit eine bessere Anreizwirkung erreicht werden kann.

Beim Netzverlustentgelt ist dies, aufgrund seiner Pauschalität, ortsunabhängig und sogar unabhängig vom Vorzeichen der Netzinanspruchnahme (Verbrauch vs. Erzeugung), nicht erkennbar.

Das Netzverlustentgelt sollte somit zwecks Tarifvereinfachung abgeschafft und in das Netznutzungsentgelt integriert werden.

Messentgelt

Das Entgelt für Messleistungen wird von allen Netznutzern erhoben und richtet sich nach der Netzebene und der Art der eingesetzten Messeinrichtung.

Eine Abbildung einer individuellen Verursachungsgerechtigkeit der Netznutzer ist über die Messeinrichtung nur sehr bedingt möglich. Weiters ist der Erlösanteil des Messentgelts gering im Vergleich zu den korrespondierenden allgemeinen Netzkosten.

Die Abschaffung des heute angewandten separaten Messentgelts dient darüber hinaus auch einer Vereinfachung der Entgeltstruktur.

Den Netznutzern muss deutlich gemacht werden, dass einer Erhöhung des Netznutzungsentgelts eine Entlastung aufgrund des Wegfalls des Netzverlust- und Messentgelts gegenübersteht und eine Vereinfachung der Entgeltstruktur erfolgt.

- Integration des Netzverlust- und Messentgelts in das Netznutzungsentgelt.
- Vereinfachung der Entgeltstruktur bei gleichbleibender Höhe des Gesamtentgeltes.

4) Behandlung von Smart-Metering-Kunden

Bei Kunden mit Smart Meter wird eine Abrechnung nach den Entgelten für leistungsgemessene Kunden möglich.

Langfristig erscheint ein Übergang auf das Entgelt für leistungsgemessene Kunden für Kunden mit Smart Meter durchaus sachgerecht und zukunftsorientiert, da die Fortführung eines Pauschalansatzes (Grund-/Arbeitspreis) bei Kenntnis der tatsächlichen Leistung nicht gerechtfertigt ist.

- Wechsel auf das Entgelt für Kunden mit gemessener Leistung nach einem vollständigen SM-Rollout.

5) Netzbereitstellungsentgelt

Das Netzbereitstellungsentgelt ist als Pauschalbetrag für den vom Netzbetreiber zur Ermöglichung des Anschlusses bereits durchgeführten und vorfinanzierten Ausbau der einzelnen Netzebenen, die für die Netznutzung im vereinbarten Ausmaß tatsächlich in Anspruch genommen werden, zu leisten.

Das Netzbereitstellungsentgelt ist das einzige Entgelt, das auf die vertragliche Leistung bezogen ist. Es implementiert somit einen im Netznutzungsentgelt ansonsten nicht enthaltenen Aspekt der Verursachungsgerechtigkeit. Darüber hinaus ist das Netzbereitstellungsentgelt ein wichtiges Regulativ bei der Errichtung von Netzanschlüssen: durch die leistungsabhängige Verrechnung wird einer sonst möglichen Überdimensionierung der Anschlussanlage entgegengewirkt.

Bei Kleinkunden kann auf Grund des hohen Durchmischungsgrades und zur Verwaltungsvereinfachung eine Pauschalregelung umgesetzt werden. Als Kompensation für die Entlastung der Erzeuger durch den Wegfall des Netzverlustentgeltes (siehe Pkt. 3.) kann die Einhebung des Netzbereitstellungsentgeltes auch auf Erzeuger ausgedehnt und so eine

verursachungsgerechte und den betrieblichen Einsatz der Erzeugungsanlagen nicht beeinträchtigende Lösung geschaffen werden.

Die teilweise Rückzahlbarkeit des Netzbereitstellungsentgelts bei Kapazitätsrückgang sowie dessen örtliche Übertragbarkeit sollten aus Gründen der Verursachungsgerechtigkeit wie auch der Praktikabilität abgeschafft werden.

- Beibehaltung des Netzbereitstellungsentgeltes, ggf. mit Modifikationen
- Vereinfachung durch Abschaffung der Rückzahlbarkeit und der örtlichen Übertragbarkeit.

6) Sonderregelung für Anbieter von Regelleistung

Die Möglichkeit eines reduzierten Netznutzungsentgeltes bei der Bereitstellung negativer Regelleistung wurde erstmalig mit der Strom-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2014 für die Netzebene 3 geschaffen. In der SNE-VO-2012-Novelle 2015 ist nun vorgesehen, dass dieses reduzierte Netznutzungsentgelt für die Netzebenen 1 - 6 gilt.

Die Erbringung von Regelleistung ist allerdings keine netzdienliche sondern eine markt- bzw. systemdienliche Dienstleistung. Diese dient nicht zur Steuerung der Belastung der Netze. Die Belastung des Netzes kann dadurch sogar ansteigen. Die genannte Regelung erscheint daher nicht sachgerecht, da die Netzentgelte zweckentfremdet werden. Außerdem hat die verwaltungstechnische Abwicklung der Tariffdifferenzierung für Regelleistung einen unverhältnismäßig hohen Aufwand zur Folge.

Ggf. vorhandene Hemmnisse für das Angebot von Regelleistung sollten an anderer Stelle abgebaut oder kompensiert werden, z. B. bei den unmittelbaren Regelungen für die Regelleistungsmärkte.

- Abschaffung der Sonderregelung für Anbieter von Regelleistung aufgrund fehlender Sachgerechtigkeit und Verhältnismäßigkeit.

7) Sonderregelung für unterbrechbare Verbraucher

Die heute bestehenden Entgelte für unterbrechbare Verbraucher sind das Ergebnis historischer Entwicklungen und vom Kunden akzeptiert.

Die Nachfrage nach netzdienlich eingesetzter Flexibilität wird zukünftig wachsen. Als Beispiele dafür sind die Aufnahme der erneuerbaren Energie in das Netz oder die Vermeidung von teuren Lastspitzen im Netz und Vergleichsmäßigung der Auslastung des Netzes genannt. Die Schaffung eines monetären Anreizes ist dafür durchaus zeitgemäß und sinnvoll. Aufgrund der Möglichkeit einer sauberen Trennung bieten sich explizite Vergütungen auch unabhängig von den Netztarifen an.

- Die Sonderregelungen für unterbrechbare Verbraucher sollen vorerst beibehalten und ggf. kontinuierlich an die technischen Anforderungen und Möglichkeiten angepasst werden.

8) Methodik der vertikalen Kostenwälzung

Durch die Kostenwälzung wird bestimmt, welcher Kostenanteil einer Netzebene zugeordnet und welcher Anteil in die unterlagerte Ebene durchgereicht wird.

Bei einer Änderung der Wälzungsmethode ist darauf Bedacht zu nehmen, dass sich relevante Abweichungen der resultierenden Kosten der Netzebenen zu den aktuellen Ebenenerlösen (mit den derzeitigen Entgelten) ergeben werden. Ein neues Modell muss in der Anwendung zukunftsorientiert, nachvollziehbar und praktikabel ausgestaltet sein. Für den Netzbenutzer sind nicht nachvollziehbare Entgeltsprünge bei einer Änderung der Systematik zu vermeiden. Dazu sind entsprechende notwendige Übergangsfristen vorzusehen.

Rückfragehinweis
Österreichs E-Wirtschaft

Brahmsplatz 3, A-1040 Wien
Tel.: +43 1 50198 - 0
www.oesterreichsenergie.at